

Gastkommentar

Liechtenstein zur ILO – das geht doch!

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) bzw. die International Labour Organization (ILO) wurde nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1919 mit dem Versailler Friedensvertrag gegründet. Seit 1946 ist sie die erste Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit dem Auftrag, die soziale Gerechtigkeit sowie die Einhaltung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit für alle, die Verbesserung des Sozialschutzes sowie die Stärkung der Arbeitsbeziehungen sind Hauptziele der in Genf ansässigen Organisation. In ihrer Struktur ist die ILO einmalig: Sie ist die einzige dreigliedrige UN-Organisation, in der nicht nur Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, sondern auch von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zusammenkommen, um gemeinsam Regeln für Arbeitnehmende festzulegen und ihre Umsetzung zu überwachen.

Die fünf Kernprinzipien der ILO sind Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen; Verbot der Zwangsarbeit; Abschaffung der Kinderarbeit; Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

Bisher hat die ILO 190 Übereinkommen und 206 Empfehlungen verabschiedet. Die Übereinkommen sind rechtsverbindliche internationale Verträge und sollten von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Die Empfehlungen hingegen sind nicht verbindliche Richtlinien. Die Mitgliedsregierungen und Repräsentantinnen und Repräsentanten der Sozialpartner erarbeiten und verabschieden die Übereinkommen und Empfehlungen auf der jährlich stattfindenden internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Die Mitgliedsländer verpflichten sich, diese innerhalb eines Jahres dem Parlament zur möglichen Ratifizierung vorzulegen. Die Ratifikation der Übereinkommen ist allerdings freiwillig. Kein Mitgliedsland ist gezwungen, diese in nationales Recht umzusetzen.

«Eine Mitgliedschaft bei der ILO wäre mit zu grossen Aufwänden verbunden. So die Sicht der Politik. Eine IWF-Mitgliedschaft ist aber realistisch, obwohl Liechtenstein keine eigene Währung besitzt?»

Lilit Keucheyan,
Co-Stv. Geschäftsführerin LANV

chen Ratifizierung vorzulegen. Die Ratifikation der Übereinkommen ist allerdings freiwillig. Kein Mitgliedsland ist gezwungen, diese in nationales Recht umzusetzen.

187 von 195 Ländern der Welt sind Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation. Das Fürstentum Liechtenstein ist mit Ländern wie Bhutan und Nordkorea oder dem Fürstentum Monaco kein Mitglied der ILO. Doch warum ist das so? Aus welchen Gründen verweigert Liechtenstein eine Mitgliedschaft zur ILO? Ein Land, das trotz seiner Kleinheit im internationalen Umfeld recht gut positioniert ist und eine aktive Aussenpolitik betreibt. Eine Mitgliedschaft bei der ILO wäre mit zu grossen finanziellen, personellen und administrativen Aufwänden verbunden. So die Sicht der Politik. Eine Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ist aber realistisch, obwohl Liechtenstein keine eigene Währung besitzt?

Aus geografischer Sicht betrachtet ist Genf – Hauptsitz der ILO – «ein Katzensprung» für Liechtenstein. Da haben es einige ILO-Mitgliedsstaaten wie z. B. die Salomon-Inseln, die am anderen Ende der Welt liegen, viel weiter. Trotzdem schaffen sie es bis nach Genf.

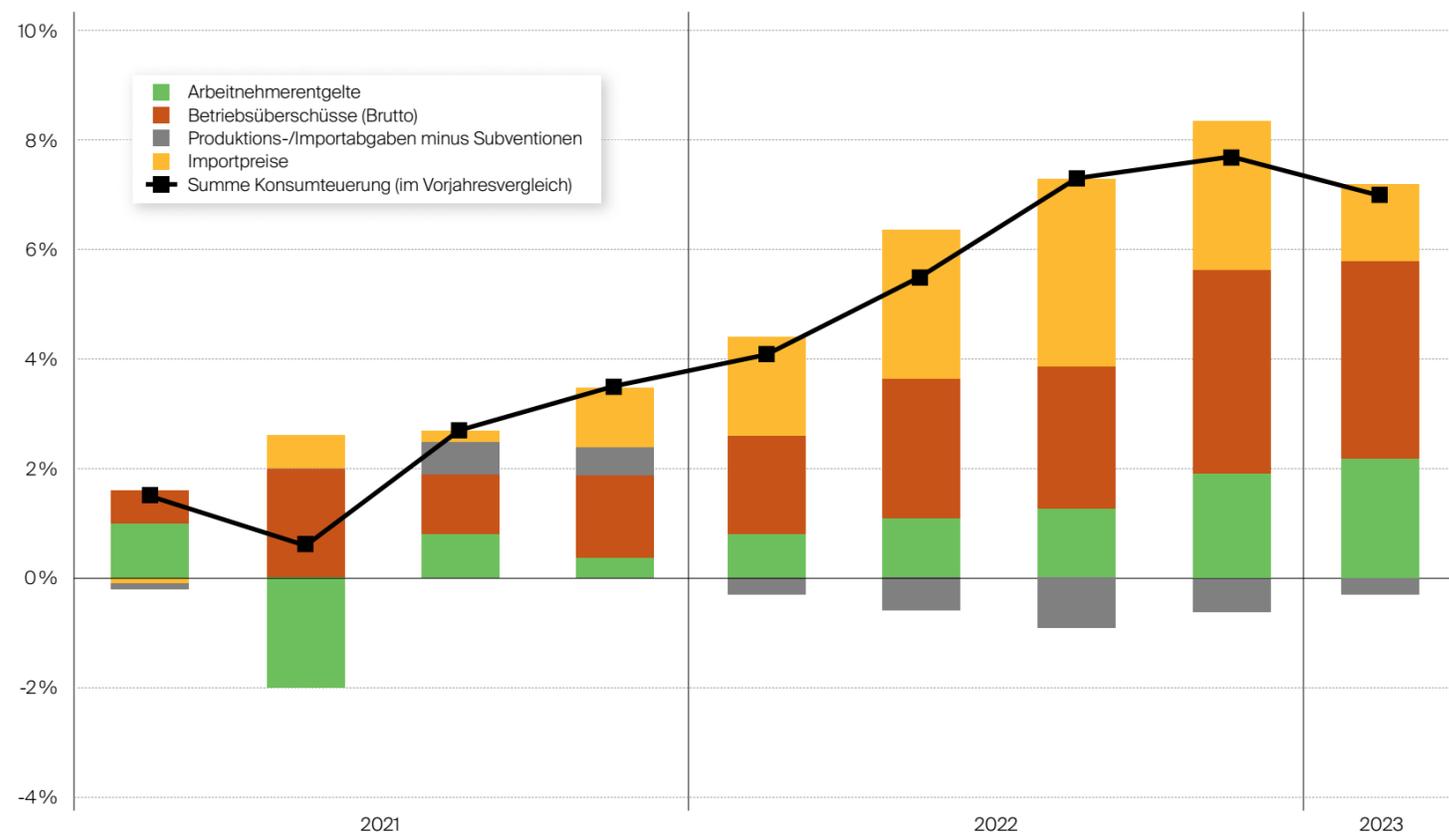
Schon allein aus Solidaritätsgründen wäre eine Mitgliedschaft sinnvoll. Die 17 UNO-Ziele (auch SDGs genannt) für nachhaltige Entwicklung sind das Kernstück der Agenda 2030. Die UNO will ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglichen. Im Kapitel 8 geht u. a. um die Umsetzung der ILO-Standards. Auch Liechtensteins Beschäftigte möchten von diesen ILO-Standards profitieren. Schauen wir zu unserem Nachbarn in die Schweiz (gehört zu den Gründerstaaten der ILO). Erwerbstätige Mütter in der Schweiz können ihre Babys im ersten Lebensjahr stillen und diese Stillpausen gelten als bezahlte Arbeitszeit. Dies haben die Arbeitnehmerinnen dem Übereinkommen 183 der ILO zu verdanken. Denn Artikel 10 der besagten Konvention schreibt bezahlte Stillpausen für berufstätige Mütter vor.

Es gibt genug Gründe, warum Liechtenstein ILO-Mitglied werden sollte. Es geniessen längst nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Liechtensteins die von der ILO garantierten Rechte!



Lilit Keucheyan
Co-Stv.
Geschäftsführerin LANV

Unternehmensgewinne erklären etwa die Hälfte der Inflation im Euro-Raum



Quelle: Internationaler Währungsfonds; Grafik: Stefan Aebi

Steigende Preise erhöhen zwar die Kosten für Unternehmen, aber auch deren Umsätze. In einer aktuellen Studie einer IWF-Forschungsgruppe wird der Einfluss der Komponenten der BIP-Einkommensentstehungsseite und der Importpreise als Indikator für externe Einflussfaktoren (z. B. Energie/Rohstoffe) auf die Konsumpreisteuerung analysiert.

Die in obiger Abbildung dargestellten Resultate legen nahe, dass die Importpreise im Euro-Raum seit 2021 zwar grossen Einfluss auf die Inflationsentwicklung hatten, jener der Betriebsüberschüsse (Unternehmensgewinne) im selben Zeitraum jedoch ähnlich ausgeprägt war. Im Vergleich dazu war der Anteil der Arbeitnehmerentgelte (Löhne etc.) an

der Teuerung bisher eher bescheiden. Viele Unternehmen konnten also das Inflationsumfeld zu Preiserhöhungen nutzen, welche die Importpreiserhöhungen überkompensierten und die Gewinne damit ansteigen liessen. So liegen die absoluten realen Gewinne mittlerweile wieder deutlich über dem Wachstumspfad von vor der Corona-

Rezession, die Reallöhne aber immer noch darunter.



Andreas Brunhart
Ökonom am
Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

Demokratien unter Druck

Global betrachtet geht es den liberalen Demokratien so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dies belegen Daten aus dem «Varieties of Democracy»-Projekt der Universität Göteborg. Laut dem Bericht wurden die demokratischen Fortschritte der letzten 35 Jahre innerhalb kurzer Zeit zunichte gemacht. Seit einigen Jahren verschiebt sich das Verhältnis von demokratischen zu autokratischen Regierungsformen. Während vor 10 Jahren noch über die Hälfte der Weltbevölkerung in Demokratien lebte, beträgt dieser Anteil heute nur etwas mehr als ein Viertel.

Eine aktuelle Umfrage der Universität Leipzig zur Demokratie in den ostdeutschen Bundesländern hat ergeben, dass zwei Drittel der Ostdeutschen eine Sehnsucht nach der DDR haben, was stark mit dem Wunsch nach einer einzigen starken Partei zusammenhängt. Ebenfalls zwei Drittel halten politisches Engagement für sinnlos, und kaum jemand glaubt, einen Einfluss auf die Regierung zu haben.

Woher kommt dieser Zweifel an der demokratischen Gesellschaftsordnung? Warum befinden sich Demokratien scheinbar im Abwärtstrend? Generell lässt sich festhalten, dass Krisen schlechte Zeiten für freiheitliche Ideen sind. Und wir leben in einer Zeit, in der eine Krise auf die nächste folgt. Das globale «Krisenmenü» seit 2008 liest sich wie folgt: Finanzkrise, Schuldenkrise, Handelskrieg, Coronakrise, Ukraine-Krieg und über allem schwebt der Klimawandel.

In den letzten Jahren sind einige uns lieb gewordene Narrative zu Ende gegangen. Francis Fukuyama lag falsch, als er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Ende der Geschichte proklamierte. Denn die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und Marktwirtschaft haben sich weder endgültig noch überall durchgesetzt. Mit dem Aufstieg Chinas zur Grossmacht sind auch die Narrative des Wandels durch Handel und der Entwicklung der Welt nach westlichem Muster geplatzt. Der Ukraine-Konflikt zeigt, dass wirtschaftliche Verflechtung nicht automatisch den Frieden sichert. Der Systemwettbewerb, insbesondere zwischen China und den USA, ist zurückgekehrt. Beide Supermächte wollen die Weltordnung bestimmen, bauen ihre Machtblöcke aus und stellen sich gegenseitig als Feindbild dar.

Die multiplen Krisen und die geopolitischen Spannungen verbreiten Unsicherheiten und Ängste. Die Zahl der Enttäuschten wächst, sei es aufgrund unerfüllter Wahlversprechen, zunehmender Polarisierung, wachsenden Populismus, politischem Stillstands oder fehlendem Fortschritts. Der Wunsch nach einer starken Hand, die einfache Antworten auf komplexe Fragen anbietet, nimmt zu. Wir befinden uns in einer Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autokratie und zwischen Freiheit und Macht. Selbstverständlich ist die Demokratie nicht fehlerlos. Aber sie erlaubt dem Individuum freie Selbstbestimmung, ermöglicht die Mitgestaltung am eigenen Schicksal und schafft Raum für Möglichkeiten, die kein anderes System bieten kann.



Peter Eisenhut
Ökonom und
Präsident der
Stiftung Zukunft.li